

Diäten-Automatik abschaffen!

Abgeordnete sollen wieder debattieren

Oleksandr Prykhodko



Der BdSt erneuert seine Kritik am Diäten-Automatismus und fordert mehr Transparenz und Rechenschaft von den Abgeordneten – gerade mit Blick auf deren Finanzierung.

Immer nach Start einer neuen Wahlperiode müssen die Abgeordneten über die eigene Geldbörse entscheiden. Hierbei geht es um ein automatisches Anpassungsverfahren, das die Diäten und Pensionen der Abgeordneten immer zum 1. Juli eines Jahres ohne Gesetzesbeschluss anpasst. Derzeit beträgt die Abgeordnetenentschädigung 11.227,20 Euro pro Monat.

Die Frist läuft

Das Abgeordnetengesetz regelt, dass der Bundestag innerhalb der ersten drei Monate nach der konstituierenden Sitzung – also nur einmal alle vier Jahre – den Diäten-Automatismus per Mehrheitsbeschluss bestätigen muss. Die Frist für die Abgeordneten läuft also bis Ende Juni. Handeln die Abgeordneten bis dahin nicht, wird das Verfahren deaktiviert – und zwar so lange, bis ein eigenständiges Gesetzgebungsverfahren den Automatismus erneut bestätigt oder ändert.

Seit 2014 hat der Bundestag den Automatismus stets zu Beginn einer neuen Wahlperiode bestätigt – zumeist klammheimlich in der Tagesordnung des Bundestags versteckt. Die Diäten-Automatik orientiert sich am sogenannten Nominallohnindex, der die Bruttoverdienste der abhängig Beschäftigten widerspiegelt. Steigt der Index, dann ziehen die Diäten automatisch mit bzw. umgekehrt. Arbeitnehmer müssen jedoch Sozialabgaben leisten, zum Beispiel für die Renten- und Arbeitslosenversicherung, Abgeordnete hingegen nicht. Folglich steigen die Netto-Diäten stärker, zumal wenn die gesetzlichen Kassenbeiträge steigen. Die Kopplung an den Nominallohnindex stellt Abgeordnete gegenüber Arbeitnehmer also besser. Erst im vergangenen Jahr freuten sich die Abgeordneten über eine Diäten-Erhöhung von sechs Prozent. Sollten dieses Jahr wie zu erwarten weitere 5,4 Prozent hinzukommen, würden die Diäten innerhalb von zwei Jahren um mehr als 1.241 Euro steigen.

Viel Geld, wenig Rechenschaft

Auch verfassungsrechtlich ist der Automatismus nicht im Sinne einer effektiven Kontrolle durch die Öffentlichkeit. Schließlich entscheiden die Politiker bei Diäten-Erhönungen immer in eigener Sache, weshalb das Bundesverfassungsgericht ein Höchstmaß an öffentlicher Transparenz eingefordert hat. Für den BdSt bedingt das immer ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren mit Debatte und öffentlicher Rechtfertigung! Deshalb fordert der Verband die Abschaffung des Automatismus, sodass künftig jegliche Diäten-Anpassung wieder im Plenum debattiert und beschlossen werden muss. Sebastian Panknin, s.panknin@steuerzahler.de

Steigende Zinszahlungen, schwindende Spielräume

Mit dem noch vom alten Bundestag beschlossenen Schuldenpaket wurden künftigen Generationen erhebliche finanzielle Lasten auferlegt. Ein zentrales Warnsignal für die wachsenden Belastungen ist die Zins-Steuer-Quote. Sie zeigt, wie viel vom Steueraufkommen für Zinszahlungen verwendet werden muss – und damit, wie stark die Schuldenlast den finanziellen Handlungsspielraum einschränkt.

Die Zins-Steuer-Quote ist eine von vier Kennziffern, die der Stabilitätsrat zur Überwachung der Haushaltslage nutzt. Steigt sie über einen bestimmten Schwellenwert, kann dies ein erstes Signal für eine drohende Haushaltsnotlage sein – insbesondere in Verbindung mit den anderen Indikatoren.

Zins-Steuer-Quoten der Länder 2024; in Prozent



Dramatische Entwicklung beim Bund

Beim Bund hat sich die Lage zuletzt dramatisch verschärft: Lag die Quote 2022 noch bei 3,5 %, stieg sie 2023 auf 9,1 % – und blieb dort auch 2024. Fast ein Zehntel der Steuereinnahmen fließt nun in die Bedienung der Schulden. Für den Zeitraum 2025 bis 2028 rechnet der Stabilitätsrat mit einem weiteren Anstieg auf 10,7 %. In drei der vier Planjahre wird damit der kritische Schwellenwert überschritten – und das ohne Berücksichtigung des neuen Schuldenpakets, das erst nach der letzten Prognose beschlossen wurde. Entsprechend ist von einer weiteren Verschlechterung auszugehen.

Warnung auch für die Bundesländer

Auch wenn die Lage in den Ländern – mit Ausnahme von Bremen und dem Saarland – derzeit noch besser aussieht, droht durch den neuen strukturellen Verschuldungsspielraum ebenfalls ein Anstieg der Quote.

Mehr Schulden sind der falsche Weg

Jeder Euro, der für Zinsen ausgegeben wird, fehlt bei Schulen, Krankenhäusern und Infrastruktur. Vor allem auf Bundesebene ist der Anstieg der Quote ein ernstes Warnsignal: Die Schuldenpolitik droht künftige Gestaltungsmöglichkeiten zu fesseln – zulasten kommender Generationen. Daher werden wir mit unserer Arbeit weiter energisch darauf drängen, keine weiteren Schuldenhebel zu bedienen. Markus Brocksiek, brocksiek@steuerzahlerinstitut.de